

1. Wie ist Ihre Meinung zum neuen Netzentwicklungsplan 2037/2045 (2023)? Stimmen Sie den Plänen der Übertragungsnetzbetreiber zu? Wenn ja, warum? Wenn nicht, warum nicht? Wir begrüßen die Bemühungen zur Weiterentwicklung des Netzes, um die Energiewende voranzutreiben und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Dennoch haben wir Bedenken hinsichtlich der Pläne der Übertragungsnetzbetreiber. Diese sollten verstärkt in den demokratischen Entscheidungsprozess eingebunden werden, um sicherzustellen, dass die Interessen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Umwelt angemessen berücksichtigt werden.

2. Welche Vorschläge haben Sie, wie Strom weiterhin für die kleinen und mittelständischen Stromkunden bezahlbar bleibt? Um die Bezahlbarkeit von Strom sicherzustellen, setzen wir uns für eine sozial gerechte Energiepolitik ein. Dies beinhaltet die Begrenzung von Strompreiserhöhungen für Privathaushalte und kleine Unternehmen. Zudem befürworten wir die Förderung von dezentralen erneuerbaren Energien, um die Abhängigkeit von großen Energiekonzernen zu reduzieren.

3. Denken Sie, dass unsere Stromversorgung in Zukunft mit dem Bau eines europäischen Supergrid sicher sein kann? Wir sehen das europäische Supergrid als eine vielversprechende Möglichkeit, die Versorgungssicherheit zu erhöhen und erneuerbare Energien effizient zu nutzen. Allerdings muss auch hier die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sichergestellt werden, und Umweltauswirkungen müssen angemessen berücksichtigt werden.

4. Welchen Energiemix befürworten Sie bzw. Ihre Partei? Wie sehen Sie es, dass Atomkraft in der EU neuen Auftrieb erhält? Wie ist Ihre Sicht auf die EU-Taxonomie? Wir setzen uns für einen Energiemix ein, der auf erneuerbaren Energien basiert und die schrittweise Abschaltung von Atomkraftwerken vorsieht. Die Förderung von Atomkraft in der EU sehen wir kritisch, da sie mit erheblichen Sicherheitsrisiken und langfristigen Umweltauswirkungen verbunden ist. In Bezug auf die EU-Taxonomie unterstützen wir klare Kriterien, um umweltfreundliche Investitionen zu fördern.

5. Was halten Sie für notwendig und was sehen Sie vor, damit der für die Aufnahme von Erneuerbaren Energien ins Netz notwendige Verteilnetzausbau schneller vorankommt? Um den Verteilnetzausbau zu beschleunigen, fordern wir eine verstärkte Investition in die Infrastruktur und schnellere Genehmigungsverfahren. Gleichzeitig setzen wir uns für die Dezentralisierung der Energieerzeugung ein, um die Abhängigkeit von zentralen Netzen zu verringern.

6. Abstände zu Umspannwerken und Übertragungsleitungen betragen an vielen Orten in Bayern unter 400 m. Welche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung schlagen Sie konkret vor? Welche Maßnahmen sehen Sie vor, falls sich Gesundheitsgefahren durch die Zunahme von neuen Leitungen signifikant auswirken werden? Der Schutz der Bevölkerung vor Gesundheitsgefahren und Umweltauswirkungen ist für uns von höchster Priorität. Wir schlagen vor, dass die Abstände zu Umspannwerken und Übertragungsleitungen nach wissenschaftlichen

Kriterien festgelegt werden und die Bevölkerung frühzeitig in Entscheidungsprozesse einbezogen wird. Bei signifikanten Gesundheitsgefahren müssen sofortige Maßnahmen ergriffen und die Bevölkerung umfassend informiert werden.

7. Wieviel Wald und landwirtschaftliche Fläche kann dem Übertragungsnetzausbau (Freileitungs-Schneisen, HGÜ- und Wechselstrom-Erdkabel, Bau neuer Umspannwerke) geopfert werden? Der Flächenverbrauch sollte auf ein Minimum reduziert werden. Wir setzen uns für die Nutzung von bestehenden Trassen und den Einsatz von Erdkabeln ein, um die Auswirkungen auf Wald und landwirtschaftliche Flächen zu minimieren. Jeder Eingriff in die Natur muss durch eine angemessene Kompensation ausgeglichen werden.

8. Wie stehen Sie dazu, dass nunmehr über die aktuelle Gesetzgebung zur Beschleunigung des Netzausbaus die Beteiligung und Mitspracherechte der Bürgerinnen und Bürger bei den Netzausbauplanungen massiv eingeschränkt werden? Die Beteiligung und Mitspracherechte der Bürgerinnen und Bürger bei den Netzausbauplanungen sind für uns von großer Bedeutung. Wir lehnen jede Einschränkung dieser Rechte ab und setzen uns für transparente und demokratische Entscheidungsprozesse ein, die die Interessen der Gemeinschaft berücksichtigen.

Wir danken Ihnen herzlich für Ihre Anfragen und stehen gerne für weitere Diskussionen und Gespräche zur Verfügung. Die Energiewende und der Netzausbau sind komplexe Themen, die eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik, Bürgerinnen und Bürgern sowie Interessenvertretern erfordern.